

Neue Rechte für lokale Bevölkerungsgruppen?

Eine Chronologie der Landkonflikte in Kenia

Einleitung

Im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Staaten, in denen Landkonflikte oft in Zusammenhang mit lokalem Gewohnheitsrecht stehen, gehen die meisten Spannungen um Land in Kenia von der Allokation und Distribution durch den Zentralstaat aus.¹ Nach der Unabhängigkeit 1963 erwarb die kenianische Regierung unter Präsident Kenyatta viele Farmen der europäischen Siedler. Ein Großteil davon wurde an neu zugewanderte Kleinbauern verteilt. Innerhalb dieses Land-Transfer-Programms wurden bis 1970 etwa eine halbe Millionen Menschen umgesiedelt.

Die Verteilung wurde dabei von den politischen Eliten und sog. „Land Buying Companies“ (LBCs) gelenkt. Gerade im westlichen Rift-Valley wurden in der Folge systematisch ethnische Kikuyu angesiedelt. Zusätzlich erzwangen einseitige Pachtverträge die politische Loyalität vieler Kleinbauern. Die Landnahme bestimmter Gruppen forcierte dabei die Entwicklung ethno-politischer Lager. Auf der einen Seite standen die Kleinbauern, die vom Staat mit Landrechten versehen wurden. Auf der anderen die, die argumentieren, dass das Land ihnen vom Geburtsrecht her zustehe. Bis heute greifen die politischen Parteien Kenias diese Spannungen in Wahlkämpfen bewusst auf, um Stimmen zu generieren. Dies mündete seit den 1990er Jahren bereits mehrfach in

postelektoraler Gewalt mit tausenden Toten.

Die neue, 2010 verabschiedete Verfassung, versucht sich dieser Problematik anzunehmen. 2012 sind darauf aufbauend der „Land Act“, der „National Land Committee Act“ und der „Land Registration Act“ entstanden. Darüber hinaus sollen dezentrale Strukturen, durch die Einrichtung von 47 County-Parlamenten, für mehr politische Teilhabe kleinerer ethnischer Gruppen sorgen. Die (Land-) Rechte von „Communities“ blieben dabei allerdings weitgehend unadressiert. Diese Lücke soll nun von dem gerade verabschiedeten „Community Land Act“ geschlossen werden. Wie die Gesetze von 2012 zeigen, verläuft die Implementierung solcher Papiere jedoch meist schleppend. Zu sehr profitieren die Eliten davon, durch politische Ämter an Landrechte zu kommen. Der Anreiz auf eine Änderung der hochgradig korrupten, ethnisierten Verhältnisse ist daher relativ gering. Ganz im Gegenteil geht es für viele Politiker in ihrer Mandatsperiode erwießenermaßen lediglich darum, so viel Land zu akkumulieren wie möglich.²

So bleiben die seit den 1960er Jahren politisierten Landverteilungen bis heute wirkmächtiger Konfliktgegenstand. Die ethnischen Spannungen durch Konkurrenz um Land in Kenia lassen sich daher vor allem historisch analysieren. Darauf aufbauend nimmt sich dieser Bericht der Frage an, wieso die Implementierung der Verfassung und Landgesetze so schleppend läuft. Dabei soll ein besonderer Fokus auf den „Community Land Act“ gelegt werden.

Eine Entspannung der Landkonflikte ist nur mit dem Willen der politi-

¹ Boone 2012, S. 77

² Manji 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

schen Eliten vorstellbar. Im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sollten also pointierte Anreize geschaffen werden, die zu einer Aussöhnung zwischen Politik und Kleibauern beitragen und gleichzeitig verhindern, korrupte Strukturen zu fördern, die ethnische Fronten weiter zementieren.

Historische Entwicklung bis zur Unabhängigkeit

Mit dem Ausbau der Eisenbahn siedelten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts britische und europäisch-südafrikanische Farmer besonders in den zentralen, fruchtbaren White Highlands Kenias an. Jedem Siedler, der über ein Vermögen von 1000 Pfund oder mehr verfügte, wurden dabei kostenlos 1000 Acre Land (etwa vier km²) von der britischen Kolonialadministration zur Verfügung gestellt. Mit dieser Privatisierung von Land wurde die gewohnheitsrechtliche Landverteilung nahezu abgeschafft.³ Viele der Kleinbauern fanden keine Anstellung bei den Siedlern und waren daher ihrerseits zur Umsiedlung gezwungen. Allen voran ethnische Kikuyu, aber auch Massai und Kalenjin, suchten nun vor allem im westlichen Rift Valley, aber auch in den Küstenregionen ihr Glück. Dies führte schnell zu Konflikten mit den dort bereits ansässigen Kleinbauern. Um dem entgegenzuwirken, wurden 1904 mit der Schaffung von sog. „Native Reserves“, in denen bestimmten Gruppen Land für die Agrarwirtschaft zugesprochen wurde, die Basis für ethnisch basierte Administrationseinheiten ebnet. Diese wurden von den sog. „Native Lands Trust Boards“ verwaltet, in denen den lokalen Bauern zwar ein Mitspracherecht eingeräumt wurde, sie sich jedoch faktisch von einem britisch dominierten zentralen Landausschuss gesteuert sahen.⁴ Damit verhärten sich ethnisch gestützte Ansprü-

che auf Land zunehmend. Im Laufe der Zeit wurden jedoch auch die „Native Reserves“ von den weißen Siedlern in Beschlag genommen. So besaßen sie 1934 mit etwa 0,25 Prozent Bevölkerungsanteil etwa ein Drittel des kultivierbaren Landes in ganz Kenia.⁵

Als Reaktion auf die von den Briten dominierte Landvergabe gründete sich 1921 die Young Kikuyu Association, die sich für die Landrechte der Kikuyu einsetze. Als die ethnische Gruppe, die sich von den Briten am meisten benachteiligt sah, wuchs zeitgleich ein zunehmendes Kikuyu-Nationalgefühl. Jomo Kenyatta, der spätere Präsident Kenias, wurde 1928 Generalsekretär der Nachfolgeorganisation Kikuyu Central Association. Weiter anwachsende Frustration und die Marginalisierung der lokalen Bevölkerung mündete 1952 schließlich im sog. Mau Mau Krieg, der vor allem von Kikuyu Kleinbauern geführt wurde. Nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands mit etwa 13.500 Toten wurden große Teile des von Kämpfern besiedelten Landes von den Briten konfisziert.⁶ Nichtsdestotrotz machten die Kolonialherren in der Folge auch einige Zugeständnisse. So wurde es den lokalen Kleinbauern ermöglicht, den Briten Land abzukaufen. Dies stieß jedoch auf heftigen Widerstand verschiedener Gruppen, die eine Verteilung des Landes basierend auf ethnischer Zugehörigkeit und eine darauf aufbauende föderale Gliederung Kenias forderten (die sog. Majimbo-Politik, dt. Bezirks-Politik). Für das ihnen unrechtmäßig genommene Land wollten sie keine Kompensation zahlen müssen. Kenyatta, mittlerweile Präsident der neu gegründeten Kenya African National Union (KANU), stimmte dem Vorschlag der Briten jedoch zu.

³ Veit 2010

⁴ Smith 1936, S. 246

⁵ Veit 2010

⁶ Schröder & Körner o. J

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

Landverteilung unter den Präsidenten Jomo Kenyatta und Daniel arap Moi

Mit der Unabhängigkeit gelangte so vor allem Großgrundbesitz an von der politischen Elite ausgewählte Kenianer. Präsident Kenyatta formte die Republik zunehmend zu einer Einparteienherrschaft um, welche exklusiv über die Verteilung des von den Siedlern mit Hilfe von ausländischen Krediten erworbenen Landes entschied.⁷ Ein Großteil davon wurde an Kikuyu-Kleinbauern verteilt. Innerhalb dieses Land-Transfer-Programms wurden bis 1970 etwa eine halbe Millionen Menschen umgesiedelt. Diese wurden von einer offiziellen „Settlement Authority“ bestimmt, und wurden nach 30 Jahren Besitzer des Landes, sofern sie einen über diesen Zeitraum laufenden Kredit zu einem (für die damalige Zeit nicht sonderlich hohen) Zinssatz von sechs Prozent zurückzahlten.⁸ Geschah dies nicht, hatte das für Landfragen zuständige „Central Land Board“ jederzeit die Möglichkeit, die Verträge einseitig aufzukündigen. Allerdings wurden die Farmer meist mit Nachsicht behandelt, um sie in engerer Abhängigkeit an die politischen Eliten zu binden. So wurden die oft kaum zu entrichtenden Schuld- und Zinszahlungen teilweise gar nicht erst eingefordert.⁹

Neben der zentralstaatlichen Verteilung von Land an Kleinbauern traten auch sogenannte „Land Buying Companies“ (LBCs) auf den Plan, die ebenfalls meist von Politikern oder zumindest regimetreuen Unternehmern geleitet wurden. Diese erwarben Land im großen Stil und verpachteten oder verkauften es weiter. Viele Kikuyu und Luo erwarben Anteile an den LBCs und kamen so, vor allem im Rift Valley, an Großgrundbesitz. Auch

dieser Prozess war stark politisiert. Ein Großteil der Eliten, darunter Parlamentsmitglieder, ehemalige Minister, Richter und Militärs, sicherte sich staatliche Gelder, um Land zu kaufen, das von den LBCs vorzugsweise an loyale Mitglieder der eigenen ethnischen Gruppe verteilt wurde.¹⁰ Das von den Politikern erworbene Land wurde schließlich weiter verpachtet. Die abhängigen Kleinbauern wurden so weiter an ihre Verpächter aus der Politik gebunden.¹¹

Verlierer dieses Prozesses waren allen voran die Kleinbauern, die kein Land erwerben konnten oder aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit bei der Vergabe von Pachtverträgen benachteiligt wurden. Diese mussten das Land, das ihre Familien nach eigener Aussage seit Jahrhunderten bestellten, verlassen, oder für Niedriglöhne für die Großgrundbesitzer arbeiten. Das Ergebnis war ein stark zentralisierter und ethnisierter Prozess der Landvergabe, der bis heute wirkmächtig und Grundlage blutiger Konflikte ist.

Nach dem Tod Kenyattas 1978 wurde Daniel arap Moi Präsident Kenias. Mit seiner „Nyayo“-Politik (dt. „Fußstapfen“-Politik) setzte er die Landpolitik Kenyattas weiter fort. Er bevorzugte bei der Landvergabe nun jedoch vor allem Kleinbauern, Politiker und Geschäftsmänner seiner eigenen ethnischen Gruppe, der Kalenjin.

Postelektorale Gewalt seit den 1990er Jahren

1992 ließ Moi erstmals allgemeine Wahlen zu. Bereits vor der Wahl kam es besonders im Rift Valley, aber auch in den Küstenregionen, zu blutigen Auseinandersetzungen. Also gerade dort, wo die Siedlungsbewegungen zu ethnischer Heterogenität und damit zu einem

⁷ Harneit-Sievers 2008, S.5

⁸ Boone 2012, S.80

⁹ Ebd.

¹⁰ Manji 2012, S. 468

¹¹ Boone 2012,81

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

Gefühl der Benachteiligung bestimmter Gruppen beigetragen hatten. Dies lag vor allem daran, dass Politiker ihren Wahlkampf auf ethnischen Ressentiments aufbauten und versprachen, bei erfolgreicher Wahl der eigenen Gruppe wieder ihr „rechtmäßiges“ Land zurückzugeben. Nach der Wiederwahl Moisi wurden ethnische Konflikte weiter angestachelt.¹² Polizei und offensichtlich von Politikern bezahlte Gruppen trieben dabei vor allem Luhya, Luo und Kikuyu gewaltsam aus ihren Farmen oder zerstörten diese.¹³ Die Gewalt, die die Wahlen umgab, forderte bis 1995 schließlich 1800 Tote und sorgte für die Vertreibung 350.000 weiterer Kenianer.¹⁴ Und auch die folgenden Wahlen von 1997 waren von der allgegenwärtigen politischen Kultur der Manipulation, Repression und bewusst forcierten ethnischen Spannungen geprägt. Dies führte abermals zu blutigen Unruhen mit hunderten Toten.¹⁵

Da Moi wieder siegreich aus der Wahl hervorging, blieben die Ansiedlungen auf illegal angeeignetem öffentlichem Land weiterhin bestehen. Dies änderte sich jedoch als Mwai Kibaki 2002 - diesmal nach weitgehend gewaltfreien Wahlen - neuer Präsident Kenias wurde. Während seiner Amtszeit entstand der sog. „Ndung'u report on land grabbing in Kenya“, der vor allem die illegalen Ansiedlungen unter Moi nachweisen konnte.¹⁶ Dies änderte aber nichts daran, dass Landnahme und Korruption des Establishments auch unter Kibaki weiter prägendes Merkmal der politischen Kultur Kenias blieben. Von den umfassenden Reformen während seiner Amtszeit, die die Privatisierung von Land förderten, profitierten nun vor allem wieder die Eliten der Kikuyu.¹⁷ Nichts-

destotrotz ging Kibaki in der Folge gegen illegale Ansiedlungen - vor allem der Kalenjin - vor. So wurden allein aus dem Mau Wald im Rift Valley zehntausende Siedler der Moi-Ära verwiesen. Darüber hinaus erteilte er jeglicher Majimbo-Politik, die eine Landverteilung auf der Bezirksebene vorsieht, eine Abfuhr, indem er verlauten ließ, dass jeder Kenianer leben könne wo er möchte.¹⁸

Wie die Wahlen von 2007 zeigen sollten, förderte die Politik unter Kibaki die weitere Spaltung der Bevölkerung. Angetrieben durch massive Aufforderung zu Gewalt durch die politischen Lager, kam es zu der wohl schwersten innenpolitischen Krise Kenias seit der Unabhängigkeit. Um Stimmen zu generieren, appellierten die Kandidaten bereits während des Wahlkampfes an ethnische Loyalitäten, mit dem Versprechen, die Ungerechtigkeiten vergangener Landverteilung nun zum Vorteil der eigenen Gruppe zu revidieren. Diese Strategie führte nach der erneut von Manipulation geprägten Wahl zu ausufernder Gewalt entlang ethnischer Linien. Erst als Kibaki und sein größter Widersacher im Kampf um das Präsidialamt, Raila Odinga, nach internationaler Vermittlung eine Übergangsregierung bildeten, ebnete die Gewalt wieder ab.¹⁹ Resultat der Auseinandersetzungen waren, neben dem weiter anwachsenden Misstrauen gegen die Politik, nach Schätzungen der BBC etwa 1500 Tote und 600.000 Vertriebene.²⁰ Zu postelektoraler Gewalt kam es vor allem wieder in den Regionen, wo Landfragen weiter ungeklärt blieben. Neben einer neuen Verfassung sollten daher auch neue Gesetze zur Landrechtsverteilung entstehen.

¹² Foeken & Dietz 2000, S.130ff.

¹³ Boone 2012

¹⁴ Kenvironeews 2007

¹⁵ Foeken & Dietz 2000, S.141

¹⁶ Manji 2012

¹⁷ Harneit-Sievers 2008, S.6

¹⁸ Boone 2012, S.88

¹⁹ Peters 2012, S.2

²⁰ BBC 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

Politisches Umdenken seit 2007/8?

Nach einer Volksabstimmung wurde 2010 mit 67 Prozent der Stimmen die neue Verfassung verabschiedet. Mit ihr keimte neue Hoffnung auf, dass Korruption und Nepotismus eingedämmt werden könnten. Neben der Einrichtung dezentraler Strukturen durch die Schaffung von 47 Counties inkl. eigener Regierungen und Parlamente, die verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen mehr Mitspracherecht auf lokaler Ebene ermöglichen sollte, gab es auch einige Neurungen im Landrecht. Diese wurden 2012 schließlich vom „Land Act“, dem „Land Registration Act“ und dem „National Land Commission Act“ aufgegriffen. Kernelement der drei neuen Gesetze ist die Einteilung von Land in public, community und private Land. Dadurch soll klar definiert werden, wem welches Land zusteht. Dies soll durch die neu eingerichtete, dem Gesetz nach unabhängige „National Land Commission“ geschehen, die als neutrale Instanz agieren soll, um illegal angeeignetes Land wieder an diejenigen lokalen Gruppen (Communitys) zu übergeben, die es rechtmäßig besitzen. Die Mitglieder der Kommission wurden vom damaligen Präsidenten Kibaki und Vizepräsident Odinga eingesetzt.

Bereits die Entstehung der neuen Reformen stand jedoch schnell in der Kritik. Demnach gelten die 18 Monate, in denen die Gesetze geschrieben wurden, als von vorn herein zu kurz angelegt, um einen umfassenden Dialog über deren Inhalte zu führen. Zudem beanstandeten NGOs, Akademiker und Journalisten, dass sie kaum Einblick in die Rohfassungen der Gesetze bekamen.

Schlussendlich wurde das Reformpaket von vielen Kommentatoren als verfassungswidrig angesehen. Gerade die kritischen Punkte, wie der Einfluss der Communities auf

das Landrecht, blieben vage. Auch wenn Schätzungen zufolge etwa 67 Prozent der Fläche Kenias unter die Kategorie „Community Land“ fallen und die Verfassung in Artikel 63 (4) festlegt, dass entsprechende informelle „Regeln“ der Landverteilung Berücksichtigung finden sollen, reflektieren die Gesetze nicht die in der Verfassung betonte Devolution. Stattdessen zeigen sie wieder stärker zentralistische Tendenzen, die die Landvergabe vor allem zur Angelegenheit des Zentralstaats machen.²¹ So sehen die Gesetze neben der zentralen „National Land Commission“ keine Instanz auf County- oder Community-Ebene vor, die auf den vielschichtigen Prozess der Landverteilung Einfluss nehmen könnte. Bezeichnend ist zudem, dass die in der Verfassung angedachte Festlegung von maximalem Landbesitz von Privatpersonen und Unternehmen in den neuen Gesetzen nicht wieder aufgegriffen wurde.²² Allerdings wurde die Intransparenz bei der Vergabe von Landrechten an ausländische Investoren klarer adressiert. So wurde der Verkauf von Land an nicht-kenianische Staatsbürger oder Unternehmen mit den neuen Gesetzen verboten. Entsprechende Pachtverträge dürfen eine Dauer von 99 Jahren nicht mehr überschreiten und bedürfen zudem der Zustimmung der „National Land Commission“.

Neben den kritischen inhaltlichen Punkten steht jedoch auch die Implementierung der Gesetze vor einigen Hürden. Neben der Unklarheit, wie sich die „National Land Commission“ zusammensetzt und wie sie arbeitet, wurde vielfach kritisiert, dass die Gesetzestexte für Fachfremde kaum zu verstehen seien.²³ Darüber hinaus ist auch am politischen Willen zu zweifeln, die Gesetze adäquat umzusetzen.

²¹ Vgl. Hakijamii 2014, S.2, Government of Kenya 2010, Standard 2012a, Manji 2014

²² Ebd., S.125f.

²³ Ebd., S.121

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

So werden Politiker, wie bspw. Präsident Uhuru Kenyatta und Vize-Präsident William Ruto, auch weiterhin mit illegalem Erwerb und Verwaltung von Land in Verbindung gebracht.²⁴

Welche Neuerungen bringt der „Community Land Act“?

Den zentralistischen Tendenzen der Reformen von 2012 sollte in der Folge ein „Community Land Act“ entgegengestellt werden, welcher im September 2016 verabschiedet wurde. Als „Community“ wird hierbei eine „erkennbare“ und organisierte Gruppe definiert, die das gleiche Land nutzt, und die mindestens eines der folgenden Attribute verbindet:

- gemeinsame Vorfahren;
- ähnliche Kultur;
- gemeinsames ökonomisches Interesse;
- geographische Verbindung;
- ökologische Verbindung;
- Ethnizität.²⁵

Hauptziel des „Community Land Acts“ ist es, kommunales Land an lokale Gruppen zu transferieren.²⁶ Dafür soll es in jeder „Community“ eine „Community Assembly“ geben, die aus allen Erwachsenen der Gruppe besteht. Diese sollen sich zusammenfinden, um sog. „Community Land Management Committees“ - bestehend aus sieben bis 15 Personen - zu wählen. Die Komitees sollen wiederum – angepasst an das lokale Gewohnheitsrecht - über die Landverpachtung entscheiden und, zusammen mit dem „National Land Committee“, die Registrierung von (Community-) Land vornehmen.²⁷ Darüber hinaus sollen Landkonflikte innerhalb einer „Community“ nun nach Möglichkeit durch lokale, in-

formelle Konfliktmechanismen gelöst werden. Erst wenn diese interne Option scheitert, sollen formelle Gerichte Einfluss auf Landkonflikte nehmen können.²⁸

Die Verabschiedung des „Community Land Acts“ war ein notwendiger und überfälliger Schritt, der die Unklarheiten der Gesetze von 2012 überwinden sollte. Dennoch wird erst die Zukunft zeigen, welchen Einfluss das neue Gesetz hat. Viele Definitionen bleiben vage und bergen großes Konfliktpotential auf lokaler Ebene. Unklar ist nämlich, inwiefern Minderheiten in ethnisch heterogenen Gebieten - also gerade dort, wo die meisten blutigen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit stattfanden – nicht von den Mehrheitsgruppen übergangen werden können. Zwar sieht Artikel 30 des Gesetzes explizit vor, dass Minderheiten am Verteilungsprozess partizipieren können²⁹, klare Vorgaben für die Praxis fehlen jedoch. Zudem sollten lokale und informelle Konfliktlösungsmechanismen nicht romantisiert werden. Wie z.B. im Nachbarland Südsudan zu sehen ist, können dabei nämlich bewusst konkurrierende Gruppen ins Abseits gedrängt und dadurch ethnisch basierte Fronten verhärtet werden.³⁰ Zur Überprüfung der „Community Land Management Committees“ sollten nach der „Community Land Bill, 2014“ zusätzlich „Community Land Management Boards“ dafür Sorge tragen, dass erstere ihre Position nicht ausnutzen, um sich ihrerseits Land anzueignen oder Gelder durch illegale Verpachtung zu sichern. In dem neuen Gesetz von 2016 lassen sich diese jedoch nicht mehr finden. Entscheidend ist jedoch, dass der „Community Land Act“ es nicht geleistet hat, „Community Land“ klar zu definieren und von „Public Land“ abzugrenzen. Entgegen der Verfassung wurde öffentliches, also

²⁴Vgl. The Star 2016a, Daily Nation 2013

²⁵ Gouvernement of Kenya, The Community Land Act, 2016, S.528

²⁶ Hakijamii 2014, S.8

²⁷ Gouvernement of Kenya 2016, S.537

²⁸ Gouvernement of Kenya 2016

²⁹ Ebd.

³⁰ siehe dafür bspw. Badiey 2014

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

staatliches Land hier nämlich deutlich weiter gefasst.³¹ So kann z.B. Land, das geographisch um staatliche Nationalparks oder Gewässer liegt, nun ebenfalls zu öffentlichem Land umgewandelt werden, insofern es politisch so entschieden wurde. Gerade hierbei könnten die „Community Land Committees“ bei der Registrierung bzw. dem Transfer von Land in Kompetenzstreitigkeiten mit dem „National Land Committee“ geraten.

Fazit und Möglichkeiten für die Entwicklungszusammenarbeit

Nach über einem Jahrhundert konfliktreicher Landverteilung in Kenia hat in den letzten Jahren eine umfassende Reformierung des Landrechts stattgefunden, jüngst mit dem „Community Land Act“. Den erhofften Durchbruch für die Landproblematik Kenias hat dieser aber bisher nicht erbringen können. Dies ist auch nicht unbedingt zu erwarten, da auch die Gesetze von 2012 bisher nur halbherzig umgesetzt wurden. Zu sehr ist die politische Kultur der Landaneignung mit den Interessen der Eliten verbunden.

Trotzdem gibt es sinnvolle Anknüpfungspunkte für die EZ; immerhin gibt es nun einen formalverbindlichen Gesetzestext. Sicherlich ist es sinnvoll, die im „Community Land Act“ neu vorgesehenen Organe „Community Assembly“ und „Community Land Management Committees“ zu unterstützen. Darüber hinaus könnte durch Trainings in den betroffenen „Communities“ ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, welche neuen Möglichkeiten diese in Bezug auf die Durchsetzung ihrer (Land-) Rechte haben. Die Übersetzung des Gesetzes in andere oder einfachere Sprache wäre dafür ein zweckmäßiger Beitrag. Darüber hinaus könnte mit Hilfe von Experten daran gearbeitet werden, die Schwä-

chen des neuen Gesetzes zu adressieren und Lobbyarbeit für entsprechende Änderungen zu betreiben.

Die KAS in Kenia führt aktuell eine Seminarreihe zur Implementierung der oben beschriebenen neuen Gesetze durch und möchte so einen nachhaltigen Beitrag zu einer langfristigen Lösung der Landkonflikte leisten.

Quellen

Badiy, Naseem (2014): The State of Post-conflict Reconstruction. Land, Urban Development and State-building in Juba Southern Sudan. Woodbridge: James Currey

BBC (2008): Deal to end Kenyan crisis agreed. Elektronische Ressource: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7344816.stm> 24.08.2016

Boone, Catherine (2012): Land Conflict and Distributive Politics in Kenya. ASR Focus: The Political Economy of Democratic Reform in Kenya.

CIA Factbook (2016): Kenya. Elektronische Ressource: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ke.html> 24.08.2016

Daily Nation (2013): Uhuru removed from land grab suit. Elektronische Ressource: <http://www.nation.co.ke/news/politics/Uhuru+removed+from+land+grab+suit/-/1064/1957030/-/uyif4o/-/index.html> 18.10.2016

Foeken, D. & T. Dietz (2000): Of Ethnicity, Manipulation and Observation: the 1992 and 1997 Elections in Kenya. In: J. Abbink & G.S.C.M. Hesseling (Hg.): Election Observation and Democratization in Africa. London/New York: Palgrave Macmillan. S.122-149

³¹ The Star 2016b

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

Government of Kenya (2010): The Constitution of Kenya. Elektronische Ressource: <https://www.kenyaembassy.com/pdfs/the%20constitution%20of%20kenya.pdf> 12.10.2016

Government of Kenya (2014): The Community Land Bill, 2014. Elektronische Ressource: <http://kenyalaw.org/kl/fileadmin/pdffdownloads/bills/2014/KenyaGazetteSupplementNo147.pdf> 30.09.2016

Government of Kenya (2016): The Community Land Act, 2016. Elektronische Ressource: http://kenyalaw.org/kl/fileadmin/pdffdownloads/Acts/CommunityLandAct_27of2016.pdf 23.09.2016

Hakijamii (2014): Realizing Land Tenure Reforms in Kenya. A Popular Version of the Community Land Bill in Kenya. Elektronische Ressource: <http://www.hakijamii.com/wp-content/uploads/2016/05/Final-Community-land-bill-booklet.pdf> 07.10.2016

Harneit-Sievers, Axel (2008): Kenia: Wahlen und die Eskalation der Gewalt. (GIGA-Focus Nr. 1/2008). Hamburg: German Institute of Global and Area Studies. Elektronische Ressource: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_0801.pdf 08.08.2016

Kenvironews (2007): 1992 Tribal Clashes "Were Instigated by Biwott 'Business Associate'". Elektronische Ressource: <https://kenvironews.wordpress.com/2007/09/04/1992-tribal-clashes-were-instigated-by-biwott-%E2%80%98business-associate%E2%80%99/> 23.08.2016

Makutsa, Pauline (2010): Land Grab in Kenya. Implications for Small-holder Farmers. Elektronische

Res-
sourcen:
sische Ressource:
http://www.sfoap.net/fileadmin/user_upload/sfoap/KB/docs/Report%20of%20Land%20Grab%20in%20Kenya.pdf 17.10.2016

Manji, Ambreena (2012): The grabbed state: lawyers, politics and public land in Kenya. In: The Journal of Modern African Studies, Vol. 50/3, S. 467-492

Manji, Ambreena (2014): The Politics of Land Reform in Kenya 2012. In: African Studies Review; Vol. 57/1. S. 115-130

Peters, Ralph-Michael (2012): Kenia vor gewaltsamen Wahlen? (GIGA Focus Nr. 11/2012) Hamburg: German Institute of Global and Area Studies. https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_1211.pdf Elektronische Ressource: 18.08.2016

Schröder, Siegfried & Peter Körner (o. J.): Kenia (Mau-Mau, 1952 - 1956). Elektronische Ressource: <http://www3.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialwissenschaften/forschung/akuf/kriegearchiv/029-kenia-mau-mau-aufstand/> 12.10.2016

Edwin W. Smith (1936): Land in Kenya. In: Journal of the Royal African Society Vol. 35/140. S. 246-250

Standard (2012a): 'Mischief' in Land Bills sparks alarm. Elektronische Ressource: <http://www.standardmedia.co.ke/business/article/2000052473/mischief-in-land-bills-sparks-alarm/?pageNo=3> 29.09.2016

Standard (2012b): No end to bitter controversy over land legislations. Elektronische Ressource: <http://www.standardmedia.co.ke/sports/article/2000055802/no-end->

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KENIA UND TANSANIA

DR. JAN CERNICKY
MATTHIAS SCHWARZ

Januar 2017

www.kas.de/kenia

to-bitter-controversy-over-land-legislations 29.09.2016

The Star (2016a): Corrupt? Not me, says DP Ruto. Elektronische Ressource: http://www.the-star.co.ke/news/2016/09/26/corrupt-not-me-says-dp-ruto_c1426055
11.10.2016

The Star (2016b): The Community Land Act: Now it's up to communities. Elektronische Ressource: http://www.the-star.co.ke/news/2016/09/17/the-community-land-act-now-its-up-to-communities_c1420295
03.10.2016

Veit, Peter (2011): History of Land Conflicts in Kenya. Focus on Land in Africa Brief. Elektronische Ressource: www.focusonland.com/download/52076c59cca75/ 29.09.2016